

21. VII. 1918

Republik und Volkswirtschaft.

Es muß sich erst noch zeigen, ob die revolutionären Kräfte, die mit solch verblüffender Schnelligkeit und Leichtigkeit das alte System gestürzt haben, imstande sein werden, aufzubauen und die Arbeit zu leisten. Eine fast bedrückende Fülle neuer Möglichkeiten eröffnet sich dem Auge des Schaffenden. Wird sie dazu führen, die Verwirrung noch zu steigern

oder aber geschickten und festen Händen begegnen, die eine sichere Wahl zu treffen verstehen? Was durch diese Neugestaltung verloren geht, das soll hier nicht untersucht werden. Nur darum kann es sich handeln, aus der veränderten Lage neue Werte für das deutsche Volk und insbesondere die deutsche Volkswirtschaft zu gewinnen.

Nur höchste Sparsamkeit kann das ausgepowerte und wahrscheinlich bald unter dem Joch eines harten Friedens leuzende Deutschland nach dem Kriege zu neuer Blüte führen. Unbedingtes Handeln nach dem ökonomischen Prinzip der Erzielung des größtmöglichen Erfolges mit dem kleinsten Aufwand ist auf jedem Gebiet erste Pflicht. Eine Zentralisation aber bedeutet besseres Haushalten. Durch den Wegfall der zahlreichen Einzelverwaltungen werden Ersparnisse erzielt. Ein schnellerer, weniger umständlicher Gang der Geschäfte unter Überwindung geringerer Widerstände ist zu erwarten. Nach Verwirklichung des Einheitsstaates würde es möglich sein, Reichseisenbahnen zu schaffen. Die Postreserverechte von Bayern und Württemberg können in Wegfall kommen. Auch auf dem Gebiet des Geldwesens lassen sich noch einige Verbesserungen durchführen. Die vier Notenbanken, die noch neben der Reichsbank bestehen, haben keine Daseinsberechtigung mehr. Die Aufgaben der Grund- und Wohnungspolitik werden durch die Schaffung eines Einheitsstaates wesentlich erleichtert, zumal die Stunde angesichts der nun bevorstehenden Verfügung über die Staatsdomänen und der Notwendigkeit für die zurückkehrenden Krieger Unterkunft zu schaffen, für die Lösung dieser Fragen besonders günstig erscheint. Wie hat Hamburg darunter gelitten, daß preussisches Gebiet den Staat und die Stadt wie ein Panzer einschloß und die freie Entwicklung hemmte! Gleich nach der erfolgten großen Wendung wurden denn auch in Hamburg und Altona Anträge gestellt zur Gründung eines Groß-Hamburgs unter Einfluß von bisher preussischem Territorium.

Die größten Vorteile aber, die durch eine Zentralisation zu erzielen sind, liegen auf dem Gebiet der Finanz- und Steuerpolitik. Schon längst war die Grenzabstimmung zwischen Reichs- und Staatsfinanzen nicht mehr vereinbar mit dem Wachsen der Bevölkerung und der wirtschaftlichen Entwicklung. Als das Reich gegründet wurde, da war es so gut wie selbstverständlich, daß ihm die bisherigen Einnahmen des Norddeutschen Bundes, die Zölle und Verbrauchsabgaben zufielen. Als aber der Bedarf des Reiches dann mehr und mehr wuchs, da erwies sich die Rücksicht auf die Struktur der einzelstaatlichen Steuer Systeme als ein unüberwindliches Hemmnis für einen klaren, durchsichtigen und tragfähigen Aufbau der Reichsfinanzen. Man nahm die Steuererträge überall her, wo ein im Augenblick greifbares Steuerobjekt sichtbar wurde. Man ging von Zoll zu Zoll vor. Niemals aber konnte ganze Arbeit gemacht werden, weil von vornherein die Bundesstaaten im Wege standen. Ganz verzweifelt ist die Lage dann im Kriege geworden. Die Umwälzung der Staats- und Volkswirtschaft hatte zur Folge, daß der Finanzbedarf sich völlig zu Ungunsten des Reiches verschob. Gleichwohl blieb es auf die alten Steuerquellen angewiesen. Die Not zwang es allerdings, in größerem Umfange auch von direkten Steuern Gebrauch zu machen, doch wurde die Fiktion aufrecht erhalten, daß es sich nur um vorübergehende Abgaben zur Bestreitung eines außerordentlichen Bedarfes handle. Eine großzügige Steuerpolitik mit neuen Gedanken und durchgreifender Wirkung war einfach unmöglich.

Leider hat es nun nicht den Anschein, als ob wirklich die Bildung eines vollkommenen Einheitsstaates gelingen werde. Die Republik Bayern insbesondere hat bereits nachdrücklich das Verlangen nach dauernder Selbständigkeit zum Ausdruck gebracht. Die letzte Entscheidung hat allerdings die Nationalversammlung. Es muß eingeräumt werden, daß die Eingliederung Deutsch-Österreichs in das Deutsche Reich kaum anders möglich sein wird, als in der Form eines selbständigen deutschösterreichischen Staatswesens. Möge dann wenigstens die Zahl der Bundesstaaten auf das unbedingt unvermeidliche Maß beschränkt bleiben. Auf jeden Fall muß die Neuordnung erfolgen, daß das Reich in jeder Beziehung vorgeht und volle Verfügung über die wirtschaftlichen Kraftquellen Deutschlands behält, um, wo es nützt, seinerseits die Einzelstaaten daraus zu speisen. Die Gliedstaaten dürfen nicht mehr in die Lage verlegt werden, wie es bisher häufig der Fall war, dem Reich die Grenzen seiner Entwicklung vorzuschreiben.

Nicht zu verkennen ist, daß den angedeuteten hoffnungsvollen Möglichkeiten schwerwiegende Besürchtungen gegenüberstehen. Die Frage ist, ob wir von utopischen Experimenten verschont bleiben. Die Verdienste der vergangenen Regierungsform, insbesondere auch der Hohenzollern, zum Beispiel um den Aufbau des deutschen Verwaltungsapparats, ohne den ja auch die neuen Männer nicht auskommen, wird eine gerechtfertigte Zeit, wenn erst der nötige Abstand von den Ereignissen gewonnen ist, zu würdigen wissen.